

Marcus Sandl, Daniel Sidler

Neue Regierungs- praktiken und zivilgesellschaftliche Veränderungen

—

1690–1790

Basel veränderte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts in vielen Bereichen. Der Leitsektor dieser Veränderungen war die Seidenbandfabrikation mit ihren weltweiten Verflechtungen. Politische, religiöse und kulturelle Transformationen folgten teils in enger Verbindung mit der wirtschaftlichen Dynamik. So etablierten sich neue, an politisch-ökonomischen Problemlagen orientierte Regierungs- und Verwaltungsformen. Empirisch-pragmatische Verfahrensweisen, basierend auf einer umfangreichen administrativen Datenerhebung und -verarbeitung, waren ihre Kennzeichen. Gleichzeitig geriet die herrschende Theologie, für die Fragen der Rechtgläubigkeit und Dogmatik wichtiger waren als Fragen der christlichen Lebensführung, in die Kritik. Pietistische Gruppen forderten mit ihren auf Glaubenserneuerung zielenden Vorstellungen und Frömmigkeitspraktiken die reformierte Orthodoxie heraus. Auch wissenschaftliche Innovationen und die Ideen der Aufklärung veränderten das Weltbild. Der Wille, die Welt zu verbessern, tangierte viele Bereiche, ohne allerdings an den Grundlagen des Basler Ancien Régime selbst zu rütteln.

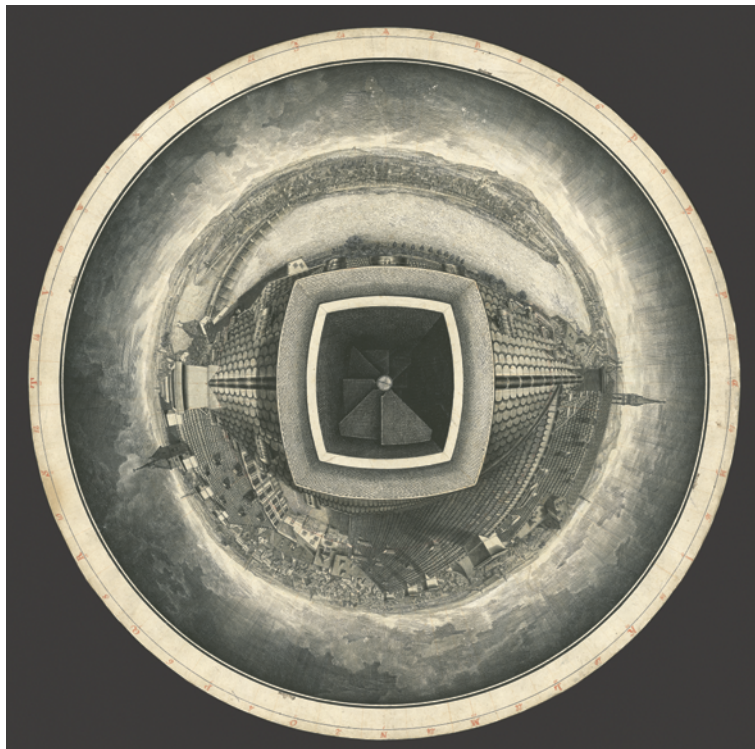
Neue Regierungsmentalität: Politische Ökonomie und Verwaltung

Im Jahr 1787 fertigte der Basler Maler Franz Feyerabend (1755–1800) ein besonderes Bild an [105]. Es zeigt Basel in einem von der Kaminplattform des ‹Blauen Hauses› am Rheinsprung aus entworfenen Rundblick. Polizentrisch um den Projektionspunkt herum angeordnet sind der Flusslauf des Rheins, Hausdächer und Landschaften zu erkennen. Durch eine kreisförmige Horizontlinie abgesetzt, erscheinen diese wiederum von der Unendlichkeit des Himmels umgeben. Zwei Hauptaspekte charakterisieren die Bildkomposition: zum einen die aus der Gleichzeitigkeit aller möglichen Perspektiven resultierende Rundumsicht, die eine Illusion von Weite erzeugt; zum anderen die Standortgebundenheit des Betrachters oder der Betrachterin im Zentrum des Bildes. Diese Verbindung von Allansicht und Zentriertheit war charakteristisch für das Medium Panorama, das im 18. Jahrhundert in allen Schichten an Beliebtheit gewann. Im konkreten Fall war es aber vor allem Ausdruck des Selbstbewusstseins der ökonomischen und politischen Elite der Stadt. Die Idee für die Federzeichnung stammte vom Eigentümer des Hauses, dem Seidenfabrikanten und Grossrat Lukas Sarasin (1730–1802).¹ Zusammen mit dem Architekten Samuel Werenfels arbeitete er einen Entwurf aus, den Feyerabend dann ausführte. In der Erhabenheit des Blicks in die Ferne spiegelte sich die Weitsicht des Kaufmanns, und diese wiederum fand in einer interessen geleiteten Standortwahl ihre unabdingbare Voraussetzung. Ja, die Stadt insgesamt schien als organisierendes Zentrum erst den Ausgriff in die Welt zu ermöglichen. Dieses Zentrum indes verdankte sich, wie der Mittelpunkt des Panoramas, einer bewussten Setzung und musste politisch und administrativ entsprechend ausgestaltet werden.

Ausbau und Intensivierung der Verwaltung

Der ökonomische Erfolg der Stadt Basel verlangte eine funktionsfähige Verwaltung und eine effiziente Regierung. Die Aufgaben nahmen im Laufe des 18. Jahrhunderts stetig zu und konnten vom Kleinen und Grossen Rat nicht mehr allein bewältigt werden.² Neben den zum Teil seit dem Spätmittelalter bestehenden Kollegien wurden deshalb zahlreiche neue Gremien und Kommissionen geschaffen, die jeweils für einen eigenen Geschäftsbereich verantwortlich zeichneten. Sie sammelten Informationen und erstellten Gutachten, auf deren Basis die Beschlussfassungen

105 Lukas Sarasin, Samuel Werenfels, Franz Feyerabend, Federzeichnung eines zirkumpolaren Horizontalpanoramas der Stadt Basel, 1787. — Von einem Kamin des «Blauen Hauses» aus erschliesst sich in einer 360-Grad-Umsicht ein neuer Blick auf Basel und seine Umgebung.



der Räte erfolgten. In der Regel waren sie auch für die anschliessende Umsetzung der Entscheidungen zuständig. De facto verlagerte sich damit ein grosser Teil der Regierungstätigkeit in die Kommissionen. In personeller Hinsicht war dies gleichbedeutend mit einer erneuten Entmachtung der zünftig organisierten Handwerker nach 1691. Denn während in den Räten alle Zünfte vertreten waren, sassen in den Kommissionen kaum Handwerker.

Auch inhaltlich änderte sich die Regierungstätigkeit durch die zunehmende Anzahl von Kommissionen. Neben den alten Entscheidungsinstanzen entwickelte sich ein Bereich, der zwar ebenfalls kollegial organisiert war, sich jedoch nicht mehr Personen, sondern der jeweils optimalen und effektiven Lösung von Sachverhalten verpflichtet sah; beispielsweise das «Direktorium der Kaufmannschaft», das 1682 durch Ratsbeschluss als eine Art Kompetenzzentrum für handelspolitische Fragen gegründet worden war.³ Die Kaufleute, die in ihm Einsitz nahmen, handelten vor allem als Interessenvertreter. Gleichzeitig besaßen sie eine hohe Sachkompetenz – ein Faktum, auf das sie auch explizit hinwiesen.⁴ So konnten sie gegenüber den

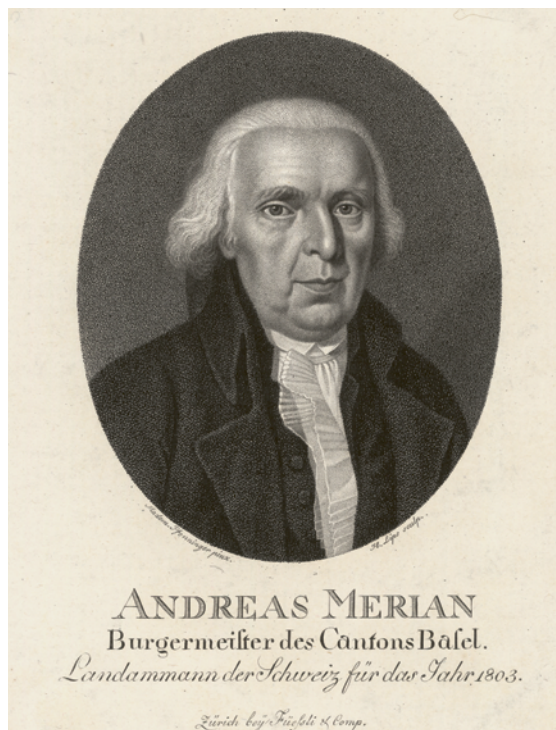
Räten ihre Selbstständigkeit bewahren und zum Beispiel weitgehend eigenständig handelspolitische Geschäfte und Verträge für das Post- und Zollwesen abschließen. Ebenfalls eine wichtige wirtschaftspolitische Bedeutung erlangte die 1738 gegründete «Fabrique-Commission». Hatte sie zunächst vor allem die Aufgabe, die Diebstähle durch Arbeiterinnen und Arbeiter in Woll- und Bandfabriken zu untersuchen, so wurden ihr bald weitere Kompetenzen verliehen. Sie überwachte das Ausfuhrverbot für Kunststühle, das Masswesen im Bereich der Seidenbandproduktion und die Produktionsabläufe sowie die Arbeitslöhne in Bandfabriken.⁵ Die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten nutzte die «Fabrique-Commission» für eine selbstbewusste, eigenständige Politik, die sich gegebenenfalls auch gegen die Interessen der Kaufleute und Verleger richten konnte.⁶

Ein weiteres zentrales Politikfeld, das im 18. Jahrhundert über Kommissionen ausgestaltet wurde, war das Sanitätswesen. Zur Seuchenprävention gehörte schon seit dem 17. Jahrhundert eine Reihe von Massnahmen, angefangen von der Kontrolle der Tore über die Verhängung von Quarantäne bis hin zur Ausstellung von Attesten. Zu deren zentraler Organisation wurde 1709 der «Sanitätsrat» eingerichtet, der ebenfalls dem Direktorium der Kaufmannschaft unterstand. Neu hinzu kam die Aufgabe, systematisch Informationen zu sammeln. Dazu nahm der Sanitätsrat brieflichen Kontakt mit anderen Städten auf. Unter anderem stand er mit dem Mailänder «Tribunal della sanità» in Verbindung, das im Hinblick auf das epidemische Geschehen in Europa als besonders gut informiert galt. Zudem koordinierte er zahlreiche Präventionsmassnahmen in der Stadt, stets mit dem Ziel, günstige Bedingungen für den Handel zu schaffen.

Einen wirtschaftlichen Hintergrund hatte schliesslich auch die «Waldkommission», die 1756 als Gremium der beiden Räte geschaffen wurde, um die Aufsicht über die städtischen Wälder in einer Hand zu vereinigen. Ihre Aufgabe war es, über die Nutzung der knappen Ressource Holz zu wachen und insbesondere die Bauholz-Verteilung zu organisieren. Dazu benötigte sie zahlreiche und regelmässig eintreffende Informationen über den Zustand der Wälder und den Fortgang von Waldarbeiten, für welche die Landvögte und der obrigkeitliche Waldaufseher zuständig waren. Gleichzeitig fungierte die Waldkommission als Schiedsgericht, das die vielfältigen Konflikte im Bereich der Waldnutzung zu lösen hatte. Da die meisten Auseinandersetzungen um die – aus Sicht der ländlichen Bevölkerung illegitimen – obrigkeitlichen Eingriffe in die Waldnutzung kreisten, entwickelte sich die Waldkommission zu einem der wichtigsten Kontrollorgane über die Landschaft und deren Bevölkerung. Die Ahndung von «Waldfrevel» durch ländliche Untertanen wurde zu einem Hauptgeschäft der Kommission.⁷

106 Heinrich Lips, Porträt von Andreas Merian-Iselin nach einer Zeichnung von Elisabeth Pfenninger, um 1803.

— Wie eine Basler Karriere im 18. Jahrhundert aussehen konnte, zeigt die Biografie von Andreas Merian-Iselin (1742–1811). Der Pfarrerssohn studierte Philosophie und Recht an der Basler Universität. 1768 wurde er Sekretär der städtischen Kanzlei. Acht Jahre später übernahm er das Amt des «Sechlers» in der Zunft zu Rebleuten. 1782 wurde er zum Weinschreiber und «Ingrossisten» ernannt, ein Jahr später zum Stadtschreiber und 1790 zum Oberstzunftmeister gewählt; ein Amt, das er im Zuge der Basler Revolution von 1798 gezwungenermassen aufgeben musste. In der Zeit der Helvetik gewann er als konservativer Reformgegner schnell wieder an politischem Einfluss. Seit 1803 bekleidete er das Bürgermeisteramt, 1806 wurde er zum Landammann der Schweiz gewählt.



Ende des 18. Jahrhunderts existierten zusammengenommen dreiundachtzig «Tribunalia, Collegia, Kammern und Commissionen» mit jeweils eigenen Aufgabenbereichen.⁸ Nicht nur Wirtschaftsangelegenheiten waren aus den Räten ausgelagert, sondern auch das Polizeiwesen, Zivil- und Strafsachen, militärische Angelegenheiten und soziale Fragen. Personell rekrutierten sich die Kommissionen zwar meist noch aus dem Kreis der Räte – institutionell jedoch besaßen sie grosse Unabhängigkeit mit festen Zuständigkeiten sowie festgeschriebenen Rechten und Pflichten. Kommissions- und Verwaltungsstellen wurden auf sechs, acht oder gar zehn Jahre besetzt.⁹ Zudem existierten Anforderungsprofile, die eine mehr oder weniger standardisierte Ausbildung voraussetzten. Grundbedingung war der Besuch des Gymnasiums, ein meist mehrjähriger Aufenthalt im Ausland und ein Studium an der Basler oder einer ausländischen Universität. Eine anschliessende gründliche Hospitantz im Kanzleiwesen erlaubte es dann, sich auf eine höhere Verwaltungsstelle zu bewerben und die bürokratische Laufbahn einzuschlagen. Die für viele Stellen geltende Losordnung blieb jedoch eine stete Hürde für eine konsequente Professionalisierung.

Die Wirklichkeit der Verwaltung: Tabellen, Formulare, Statistiken

Im Jahr 1780 wurde im Auftrag der Stadt ein «Verzeichnis der Professionisten» gedruckt, das achtundsiebzig in der Stadt vertretene Berufe auflistete. Bäcker, Metzger, Schneider und Schuhmacher gehörten zu den bekanntesten und am häufigsten vertretenen Beschäftigungen. Ziegler, Windenmacher, Säger und Kupferstecher hingegen waren Tätigkeiten, die zwar unverzichtbar waren, indes zahlenmässig keine grosse Rolle spielten. Ebenfalls von geringer Bedeutung, aber dennoch als eigene Berufe ausgewiesen waren Langmesser-schmiede, Sporrer (Schmiede für Reitbedarf), Pittschierstecher (Hersteller von Siegelstempeln) und Gassenbesetzer (Verleger von Pflastersteinen). Auch acht Bräter, die Würste und Fleisch in der Stadt feilboten, wurden verzeichnet. Das so entfaltete Panorama handwerklicher Fertigkeiten orientierte sich nicht an der zünftisch-korporativen Ordnung der Stadt. Es setzte eigene Schwerpunkte und markierte vor allem ökonomische Differenzen. Unterschieden wurde zunächst zwischen den in jeder Berufsgruppe vertretenen Meistern einerseits und Gesellen und Jungen andererseits. Die Meister wiederum wurden in diejenigen, die ihren Beruf noch ausübten, und die anderen, die nicht mehr aktiv waren, unterteilt. In der Rubrik «Gesellen und Jungen» hingegen trennte man danach, ob es sich um Bürger oder Fremde handelte. So ergab sich eine fünfspaltige Tabelle, die zur Orientierung bei der Auftragsvergabe benutzt werden konnte oder bei der Berufswahl Hilfestellung leistete. Vor allem aber informierte sie

	Meister		Gesellen und Jungen.	
	welche die Profession treiben.	nicht treiben.	Bürger hier u. ausserh.	Fremde.
Bader	3		2	1
Bedler	8			
Bedler	52	28	27	42
Bildhauer	1		1	
Becher	4	2		
Buchbinder	13	1	2	14
Buchdrucker	8			
Wächsmacher	2		2	4
Wärstebinder	3			3
Caminfeger	3	1	2	1
Degenschmiede	2	3	2	
Drechsler	6	4		
Fischer	15	3	4	1
Gärtner	12		2	2
Gassenbesetzer	1			
Gerber	22	27		11
Gipser	4		2	13
Glasler	10	1	5	7
Glodengieser	2			2
Goldschläger	1	1		
Goldschmied und Jubliker	8	5		4
Geisler	6			
Gärtler	3		2	2
Hafner	9	4	6	9
Handschuhmacher	6	1	2	11
Huf- und Waffenschmiede	8	4	5	19
Hutmacher	6	1		1
Küpfmacher	5	2	5	7
Kübler	19	9	4	7
Küfer	31	11	15	39
Kupferschmiede	8	3	5	8
Kupferstecher	1		1	
Langmesserschmied	1			
Leinweber	2	2		
Mahlter	hier 17 ausserhalb 2		5	7
Maurer und Steinmeger	11	7	3	85
Meisserschmiede	2	3		2
Mesger	70	36	6	44
Müller	24		8	28

107 Ausschnitt aus dem «Verzeichnis der Professionisten der Stadt Basel im Jahr 1780».

die Obrigkeit über den aktuellen Stand des städtischen Handwerks. Angeregt hatte das Verzeichnis der Mathematiker Daniel Bernoulli. Kurz nach den bevölkerungspolitischen Erhebungen des Jahres 1779 veröffentlichte er einige «Anmerkungen über die neulich publicierte Tabelle der Einwohner unserer Stadt Basel», in denen er forderte, die vorliegenden Zahlen mit Mitteln der «politischen Rechenkunst» aufzubereiten.¹⁰ Durch «Vergleichungen» – beispielsweise von Quartieren und Stadtvierteln, von Männern und Frauen, Häusern und ihren Bewohnerinnen oder Bürgern und Fremden – liessen sich seiner Meinung nach Erkenntnisse gewinnen, welche die städtische Politik auf eine neue Grundlage stellten. Orientierte man sich nur an Titeln, Stand und Rang der Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen, so musste man sich darauf beschränken, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Kannte man indes die jeweils gegebenen menschlichen und materiellen Verhältnisse, so war es möglich, auch die politische Verantwortung für die Vermögensvermehrung und Steigerung der ökonomischen Kräfte zu übernehmen. Dies setzte allerdings voraus, die Wirklichkeit so zu erfassen, dass in der Vielfalt der Verhältnisse das Wesentliche sichtbar wurde. Konkret hiess das: Zustände mussten in Daten übersetzt werden, die kalkulier- und berechenbar waren. Für die von Bernoulli geforderte politische Informationsaufbereitung waren Tabellen, Formulare und Statistiken besonders geeignete

Medien. Dort, wo sie zum Einsatz kamen, setzte sich tatsächlich eine neue Regierungs- und Verwaltungspraxis durch. So wurden im Bereich der Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik sowie des Finanz- und Gesundheitswesens die politischen Gestaltungsansprüche und -möglichkeiten immens ausgeweitet. Gleichzeitig wuchs der Verwaltungsaufwand; Datenerhebung und Bürokratisierung gingen Hand in Hand. Das «Verzeichnis der Professo-
nisten» markierte auf diesem Weg einen wichtigen Schritt. Es machte erstmals deutlich, dass das empirisch Gegebene, im konkreten Falle die in der Stadt ansässigen Handwerke, durch Formalisierung und analytische Zergliederung so aufbereitet werden konnte, dass sich auch Leerstellen und Anomalien identifizieren liessen. Hier konnte eine Politik der Veränderung einsetzen. Sie war dann erfolgreich, wenn es, wie Isak Iselin schrieb, gelang, «die Masse der gesellschaftlichen Güter und Dienstleistungen [zu] vermehren».¹¹ **Marcus Sandl**

Schaltstellen und Medien der Verwaltung

Je mehr Tätigkeiten die Verwaltung übernahm, desto wichtiger wurden die Schaltstellen zwischen dem Grossen und dem Kleinen Rat sowie den einzelnen Kommissionen, die für einen reibungslosen Ablauf der Geschäfte sorgten. Stadt- und Ratschreiber besaßen hier eine zentrale Bedeutung. Sie führten nicht nur das Protokoll in den wichtigsten Gremien und vertraten gegebenenfalls den Bürgermeister, sondern stellten auch die Verbindung zwischen den Verwaltungsteilen sowie die Beziehungen zum Um- und Ausland her. Ihnen zur Seite standen der für die Aktenaufbewahrung zuständige ‹Ratssubstitut›, der ‹Ingrossist›, der über Hypotheken Buch führte und für die Ausstellung von Patenten und Attestaten verantwortlich zeichnete, sowie die für Kopierarbeiten und Korrespondenzen angestellten ‹Kanzleiaccedenten›. Einzelne Kommissionen und Behörden beschäftigten, je nach Grösse und Bedeutung, wiederum eigene Sekretäre und Kanzleihilfen. Diese verfassten unter anderem ‹Bedenken›, ‹Memoralien› oder ‹Ratschläge›, die dem Rat zur Information oder Beschlussfassung vorgelegt wurden. Neben der Stadtkanzlei, der traditionellen Zentrale der Verwaltung, bildeten damit auch die in den Kommissionen für die Kommunikation Verantwortlichen die Relais der Basler Regierung.

Im Zuge der Ausweitung des Kommissionswesens, aber auch aufgrund der zunehmenden Verordnungs-, Mandatierungs- und Kontrolltätigkeit stieg der Aktenverkehr zwischen den einzelnen Gremien, Behörden und Räten sowie zwischen der Stadt und den Landgemeinden an. Gleichzeitig produzierte die Datenerfassung, die durch die Intensivierung der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit umfangreicher wurde, eine Flut von beschriebenem Papier. Zudem entstanden zahlreiche Verzeichnisse, Listen und Ordnungen, welche die Regierung und Verwaltung selbst zum Gegenstand machten. So wurde seit 1699 ein jährlich erscheinendes ‹Regimentsbüchlein› veröffentlicht, das die Namen der jeweils amtierenden Personen vom Bürgermeister bis zum Landpfarrer verzeichnete.¹² Mehr noch als Personen, die im Laufe der Zeit zwangsläufig wechselten, dokumentierte das Regimentsbüchlein aber die Regierungs- und Verwaltungsstruktur von der Spitze der Stadt über die einzelnen Ämter und Kanzleien bis hin zu städtischen Diensten, Leistungen und Kontrollen. In der seitenlangen Auflistung von Ämtern und Namen vom Bürger- und Oberstzunftmeisteramt bis zu den Pfarrgemeinden und universitären Lehrstühlen manifestierte sich die Dauerhaftigkeit der institutionellen Ordnung. Dem entsprach es, dass Pflichtenhefte und Mandate die Aufgaben von Amtspersonen regelten, die wiederum in Sammlungen, Ordnungen und

**Schriftlichkeit und
Regelungsdichte
nahmen immer mehr zu**

Eidesformeln schriftlich zusammengefasst wurden.¹³ Die Schrift wurde also zum wichtigsten Verwaltungsmedium.

Die Zunahme der Schriftlichkeit besass ihren Grund nicht nur in der rein quantitativ ansteigenden Verwaltungstätigkeit. Sie war auch das Resultat einer qualitativen Veränderung der Regierungs- und Verwaltungspraxis, die im Grunde schon mit der Reformation eingesetzt hatte, sich im 18. Jahrhundert jedoch nochmals verstärkte. Die Regelungsdichte erhöhte sich, immer mehr Lebensbereiche wurden dem herrschaftlichen Zugriff unterworfen. Dabei trat die Vorstellung eines letztlich erzwingbaren Gehorsams des einzelnen Bürgers oder Untertanen in den Hintergrund. Statt auf Normen und Verbote setzten der Kleine Rat und die wichtigsten Regierungskommissionen auf Anreize und Motivation. Auch hierbei spielte die Schrift eine wichtige Rolle, denn erst sie machte es möglich, Leben und Zusammenleben weitergehend zu ordnen und für alle verbindlich bis in die Einzelheiten des Tuns und Lassens hinein steuern zu können. Sie erhöhte sowohl die Reichweite der Regierungstätigkeiten als auch die Möglichkeiten, Sachverhalte und Personen zu erfassen und zum Gegenstand administrativen Handelns zu machen.

Zur wichtigsten Voraussetzung für den Erfolg politischen Handelns wurden nun Informationen. Zunächst problem- und fallbezogen, begannen einzelne Kommissionen und Ämter Berichte zu erstellen und zu sammeln, um einen Überblick über die jeweils aktuelle Lage eines bestimmten Bereichs zu bekommen. Erfasst wurden Menschen und ihre Lebensformen, Grundstücke und Häuser, Tiere und ihre Produkte sowie alle Arten von Übertragungen, insbesondere die Ein- und Ausfuhr von Gütern und Waren. Dabei gaben sich der Kleine Rat respektive einzelne Kommissionen nicht mehr mit den lange Zeit üblichen Berichtsformen zufrieden, die weitgehend standardisiert waren und wenig über die konkrete Wirklichkeit aussagten. Ziel war es, die tatsächlich existierenden Zustände zu erfassen. Damit rückten jene Stellen in den Fokus, an denen das Geschehen real stattfand. Im ›Kaufhaus‹, dem zentralen Ort des Handels, wurden die Geld- und Warenflüsse registriert und Geldströme reguliert. Auf dieser Basis konnten Listen und Tabellen der Im- und Exporte sowie der Einnahmen und Ausgaben erstellt werden, die wiederum in die Gestaltung der Handelsordnung oder in Gebührenregelungen und Steuertarife eingingen. In der Münzkommission, deren Hauptgeschäft die Qualitätssicherung des Münzgeldes war, flossen alle Informationen über Währungsfragen und Wechselkurse zusammen. Auch die bereits erwähnten Kommissionen produzierten Daten. Die ›Fabrique-Commission‹ registrierte Fabrikanten und Arbeiter und erstellte Listen mit Arbeitslöhnen, der Sanitätsrat nahm Krankheitsfälle und epidemische Verläufe auf und das Direktorium der Kaufmannschaft sammelte alle möglichen

Angaben, angefangen von Preisen und Rohstoffen über Produktionsraten bis hin zu europa- und weltweiten Absatzmärkten. Zudem wurden dauerhafte Strukturen und Besitzverhältnisse aufgenommen. Grundbuchverzeichnisse lieferten ebenso Informationen über städtische Besitzverhältnisse und Gestaltungsmöglichkeiten wie Kataster und ‹Verzeichnisse der Kaufbriefe›, durch die Entwicklungen nachvollziehbar wurden. Grenzziehungen und Grenzkorrekturen sowohl innerhalb des Stadtraums als auch zwischen der Stadt und ihrem Umland wurden dokumentiert, um Verwaltung und Raumordnung miteinander zu verbinden.¹⁴

Die Perspektive, welche die Erhebung der Daten leitete, war eine ökonomische. Ziel war es, im Sinne der zeitgenössischen Lehre der Kameralistik Einnahmenüberschüsse zu produzieren. So wurden Einnahmen und Ausgaben gegenübergestellt und Gewinne und Verluste miteinander verrechnet. In Kombination mit dem Sachbezug der Kommissionen beförderten diese Rechenoperationen eine weitere Rationalisierung der Verwaltung. Sie strukturierten die administrativen Abläufe und prägten gleichzeitig die Perspektive, unter der die äusseren Verhältnisse erfasst wurden. Andere Kriterien wie beispielsweise ständische und korporative Unterschiede verloren hingegen an Bedeutung. Zwar wurden in den Vorworten der Reformationsordnungen auch im 18. Jahrhundert immer noch die ‹Bürger›, ‹Schutzverwandten› und ‹Untertanen› adressiert. Das für das Regierungshandeln notwendige Wissen bezog sich nun jedoch auf lebende, tätige, sich fortpflanzende und wirtschaftlich aktive Menschen. Entsprechend zielten ‹Erkenntnisse› und Mandate nicht mehr auf bestehende Ordnungen und Privilegien, die es durch die obrigkeitliche Normgebung zu sichern galt, sondern auf wirtschaftliche Tätigkeiten, soziale Dynamiken und demografische Bewegungen.

Die Demografie korrespondierte in besonderer Weise mit ökonomischen Kategorien. Anhand von Kirchen-, Tauf- und Sterberegistern liessen sich Einwohnerzahlen in ihrer Entwicklung erfassen und Bevölkerungstabellen generieren.¹⁵ Hinzu kamen seit 1698 in unregelmässigen Abständen stattfindende Volkszählungen auf der Landschaft, die im Rahmen der Erhebungen des Fruchtvorrats erfolgten.¹⁶ Im Krisen- und Hungerjahr 1770 wurden erstmals gedruckte Tabellen für die Durchführung der Volkszählung verwendet. Sie ermöglichten ein gleichermassen zuverlässiges wie einheitliches Erhebungsverfahren von dementsprechend exakten und administrativ verwertbaren Daten.¹⁷ Die drei Kategorien, die zur Erfassung des jeweiligen Vermögens vorgegeben waren, lauteten ‹reich›, ‹mittel› und ‹arm›. 1779 fand schliesslich die erste Erhebung in der Stadt statt. Erfasst wurde jedes Quartier mit der Anzahl der Häuser und Haushaltungen. Die Hausbewohner wurden als ‹Einwohner›, ‹Bediente› und andere ‹Hausgenossen› klassifiziert und

wiederum in Bürger und Nichtbürger sowie nach Geschlecht unterteilt.¹⁸ Zur ›Profession‹ liess der Rat 1780 ein eigenes Verzeichnis erstellen, das auch gedruckt wurde. Regelmässig wurde zur demografischen Orientierung auch die Hilfe von Pfarrern in Anspruch genommen. Im ›Avis-Blatt‹ rief der Rat sie auf, jährlich Zahlen einzuschicken.

Moralpolitik, Verhaltensregulierung und die Suche nach dem ›ökonomischen Menschen‹

Je deutlicher sich Regierung und Verwaltung an ökonomischen Gesichtspunkten ausrichteten, desto schwieriger wurde es für die Kirche, die Prämissen eines funktionierenden Gemeinwesens vorzugeben. Ein Blick in die Reformationsordnungen, die in loser, aber regelmässiger Folge seit dem 16. Jahrhundert erschienen, macht dies deutlich. Stand im 16. und 17. Jahrhundert noch die Verchristlichung der Welt im Zentrum einer kirchlich dirigierten Sittenpolitik, so trat im Verlauf des 18. Jahrhunderts das materielle Wohlergehen in den Vordergrund.¹⁹ Die 1727 erschienene Reformationsordnung verzichtete erstmals auf das Adjektiv ›christlich‹ im Titel, 1733 wurde der zürnende Gott als Sanktionsinstanz durch die obrigkeitliche Ungnade und Strafe ersetzt, und 1765 wurden Religion und Sittlichkeit zu den «vornehmsten Grundsäulen der öffentlichen Wohlfahrt» erklärt.²⁰ Die polizeilichen Regulierungen bedurften offensichtlich keiner transzendentalen Absicherung mehr. Die Reformationsordnung wandelte sich in ein Instrument, das dem obrigkeitlichen «Mikromanagement des Materiellen» und der politisch-ökonomischen Verhaltensregulierung diente.²¹

Dass die Einrichtung einer ›guten Polizey‹ ein zunehmend weltliches, allein von der Regierung getragenes Unterfangen wurde, bedeutete nun aber nicht, dass dabei auf eine sittlich-moralische Argumentation verzichtet wurde. Im Gegenteil, die Politik der ›gemeinen Wohlfahrt‹ blieb in erster Linie Moralpolitik. Das zeigen unter anderem die Gesetze gegen Aufwand und Luxus, die auch in den Reformationsmandaten von 1765 und 1780 noch viel Raum einnahmen. Der den Bürgerinnen und Untertanen abgeforderte Luxusverzicht wurde mit allgemein gültigen Normen begründet, die zwar noch an das göttliche Gesetz angelehnt waren, nun im Kern aber die Grundlage einer innerweltlich-ökonomischen Handlungsethik bildeten. Die «Beförderung wahrer Frömmigkeit» und «guter Sitten» fand so in der Erhaltung «bürgerlicher Bescheidenheit» und «anständiger Mäßigung» ein immer wichtiger werdendes Äquivalent.²² Die daran anschliessende Vorgabe an die Bevölkerung, bei allen Ausgaben «innert den Schranken ihres Vermögens zu

bleiben», war kein Gebot göttlicher, sondern rein weltlicher Haushaltung.²³ Sie gehorchte den Gesetzen der ökonomischen Vernunft.

Indem die Regierung an Formen der religiösen Menschenführung anknüpfte, machte sie das bisher dem allsehenden Gott vorbehaltene «panoptische Auge» zur Denkfigur eines ökonomischen Menschen. Die Welt als Handlungsraum war, wie in Feyerabends Panorama, mit der interessengeleiteten Standortgebundenheit dieses Menschen verknüpft. Im Kontext dieses «panoramatischen» Konzepts liess sich das gesamte Leben zum Gegenstand der Regierungskunst machen und gleichzeitig eine unmittelbare Beziehung zwischen der Regierung und jedem einzelnen Bürger und Untertanen herstellen. Zumindest in Umrissen zeichnete sich hier schon eine spezifische Mentalität des Regierens ab, die sich in vollem Umfang allerdings erst später durchsetzte.²⁴ Dort, wo die ökonomische Vernunft regierte, war die Einforderung und Sanktionierung von Gesetzesgehorsam überflüssig. Und sofern es gelang, individuelle Freiheitswünsche mit Möglichkeiten vermeintlicher Selbstverwirklichung und wirtschaftlicher Sicherheit zu verbinden, musste kein Aufruhr mehr befürchtet werden. Voraussetzung war allerdings, dass auch die Regierung diese Regeln verinnerlichte. Die Amtskirche indes beschränkte sich zunehmend darauf, Normen zu propagieren, die dem allgemeinen Besten – und damit letztlich ebenfalls dem Wohlstands- und Erwerbsgedanken – verpflichtet waren. Dadurch eröffnete sich indes ein Raum für neue Frömmigkeitsformen, den vor allem der Pietismus zu nutzen wusste.

Gesellschaftliche Ordnung im Wandel

Nicht nur im Bereich von Regierung und Verwaltung entstanden im Laufe des 18. Jahrhunderts neue Vorstellungen und Konzepte. Auch in der Basler Bevölkerung war der Wunsch nach Wandel vielfach zu spüren. Dabei lassen sich sehr verschiedene und zum Teil widersprüchliche Tendenzen erkennen. So begannen schon kurz nach der Jahrhundertwende einzelne pietistisch orientierte Gläubige, sich von der Amtskirche zu lösen. Daraus entstand, trotz anfänglicher politischer und kirchlicher Repressionen, eine religiöse Bewegung, welche die Stadt dauerhaft veränderte. Hinzu kamen die Ideen und Reformkonzepte der europäischen Aufklärung, die auch in Basel rezipiert wurden, ohne allerdings eine eigentliche Bewegung wie in anderen eidgenössischen Orten zu begründen. Basler Wissenschaft-

ler beteiligten sich insbesondere im Bereich der Naturwissenschaften und der Mathematik an den europaweit geführten Diskussionen mit innovativen Beiträgen und zum Teil bahnbrechenden Entdeckungen. Auch sie suchten nach Möglichkeiten, neue Handlungsräume zu erschliessen.

Kommunikation und Weltbeobachtung

Der neue Praxisbezug hatte seinen Grund darin, dass sich im Laufe des 18. Jahrhunderts neue Beobachtungs- und Kommunikationsmöglichkeiten herausbildeten. Sie waren eng mit den ökonomischen Entwicklungen, insbesondere dem zunehmenden Bedürfnis nach Konsum und wirtschaftlichem Austausch verbunden. Aus diesem Bedürfnis heraus entstand das ‹Avis-Blatt›, das seit 1729 einmal wöchentlich erschien. Es informierte über Möglichkeiten, wie und wo Waren und Dienstleistungen in der Stadt zu erwerben und zu veräussern waren. Ausserdem beinhaltete es Angaben über Lebensmittelpreise, Postkurse, Todesfälle, Eheschliessungen und Geburten sowie über Lotterien und Reisemöglichkeiten. Im Vordergrund standen also Informationen, die den Alltag der Menschen betrafen, ungeachtet dessen, ob diese reich oder arm, politisch einflussreich oder unbedeutend waren. Auch die Obrigkeit nutzte die Breite des Adressatenkreises, um in der Rubrik ‹Allerhand Nachrichten› ihre Anzeigen und Anliegen bekannt zu machen.

Ähnliches lässt sich im Bereich des überregionalen Handels beobachten. Schon einige Jahrzehnte vor der Erstausgabe des ‹Avis-Blattes› war im Jahr 1683 in Basel eine regelmässig erscheinende ‹Mittwoch- und Samstag-Zeitung› gegründet worden, um den engeren Kreis der Kaufleute über internationale Messen, Märkte und Preise zu informieren. Im Laufe des 18. Jahrhunderts vergrösserte sich der Adressatenkreis, und die Zeitung erreichte eine stabile Auflage in dreistelliger

Die ‹Mittwoch- und Samstag-Zeitung› berichtete über das Weltgeschehen

Höhe.²⁵ Die inhaltliche Verantwortung übernahm ein vom Direktorium der Kaufmannschaft bestimmter Pächter. Seine Aufgabe war es, Nachrichten aus anderen europäischen Zeitungen zusammenzustellen, zu kürzen oder um Aspekte zu ergänzen, die für Basel besonders relevant waren. Zudem hielt er Kontakte zu Korrespondenten in den wichtigen europäischen Städten, die aus erster Hand über ökonomische Entwicklungen informierten. Regelmässig machten sie aber auch Kriege und politische Ereignisse zum Gegenstand ihrer Berichterstattung. Der Londoner Korrespondent setzte seine Basler Leserschaft beispielsweise ausführlich über den Österreichischen Erbfolgekrieg (1740–1748) in Kenntnis, den Grossbritannien, Spanien und Frankreich auch



108 Joseph Esperlin, Porträt von Johann Rudolf Iselin, zwischen 1759 und 1779. — Johann Rudolf Iselin, Sohn des Ratsherrn und Seidenfabrikanten Hans Jakob Iselin und der Maria Elbs, studierte Recht und wurde 1728 zum Doktor promoviert. 1736 trat er als Hofrat in den Dienst des Markgrafen von Baden-Durlach ein, bevor er 1743 zum Redaktor der «Basler Mittwoch- und Samstag-Zeitung» und 1757 zum Professor des römischen und öffentlichen Rechts ernannt wurde.

in Übersee austragen.²⁶ Dabei beleuchtete er nicht nur die ökonomischen Seiten des Krieges, sondern auch die politischen Hintergründe, die Geschehnisse an den europäischen Höfen und ihre Folgen für die Staatsbeziehungen.

Die Tendenz, der europäischen Politik grössere Aufmerksamkeit zu schenken, verstärkte sich wenig später nochmals im Zusammenhang mit dem Siebenjährigen Krieg (1756–1763). Johann Rudolf Iselin (1705–1779), seit 1743 verantwortlicher «Zeitungs-Compositor», gab nun auch der Zeitung selbst eine klare politische Stossrichtung.²⁷ Ein Sieg Preussens, so Iselins Kalkül, würde die politischen Möglichkeiten Basels wie der reformierten Orte der Eidgenossenschaft insgesamt erheblich vergrössern. Er schwor die Zeitung deshalb auf eine preussenfreundliche Berichterstattung ein, mit der Konsequenz, dass französische und österreichische Gesandte immer wieder beim Rat vorstellig wurden, um sich über die Parteinahme zu beschweren. Darüber hinaus versuchte er, im Kontakt mit dem preussischen Aussenminister Heinrich von Podewils (1696–1760) sowie dem Reichstagsgesandten Erich Christoph von Plotho (1707–1788) Möglichkeiten einer militärischen Unterstützung Preussens durch eidgenössische Truppen auszuloten. Wenngleich diese Pläne an der Angst der reformierten Orte scheiterten,

in einen militärischen Konflikt mit den unmittelbaren Nachbarn Frankreich und Habsburg hineingezogen zu werden, zeigt der Fall doch, welche Rolle nicht nur einzelnen Basler Akteuren, sondern auch der Zeitung zukam.

Ob politisiert oder nicht, die neuen Medien veränderten die Art und Weise, wie die Menschen die Welt betrachteten. In gedruckter Form stand eine Fülle von Informationen zur Verfügung, und alle Lesekundigen wurden Zeugen nicht nur des lokalen, sondern auch des globalen Geschehens. Gleichzeitig vervielfältigten sich die Optionen, neue Kontakte zu knüpfen und Austauschbeziehungen einzugehen. Die Kehrseite dieser Möglichkeiten war, dass in den neuen Medien häufig der persönliche Zusammenhang fehlte, der die herkömmlichen sozialen Kontakte auszeichnete und auch die ökonomischen Beziehungen strukturiert hatte. So wusste man über den Hintergrund einer Anzeige im ‹Avis-Blatt› in der Regel wenig, und entsprechend liess sich die Qualität einer Ware nicht mehr mit dem Leumund des Anbieters oder der Anbieterin in Bezug setzen. Neue Prüfverfahren waren deshalb gefragt. Eine ähnliche Veränderung lässt sich im überregionalen Zusammenhang feststellen. Zwar gab es im Fernhandel schon lange rein ökonomische Beziehungen und entsprechende Geschäftspraktiken. Was durch die Zeitungsberichte zum globalen Geschehen allerdings verloren ging, war auch hier der unmittelbare, persönliche Kontext, der es ermöglicht hatte, die Glaubwürdigkeit einer Information einzuordnen. Ein Zeitungsbericht war erst dann überzeugend, wenn dieses Defizit kompensiert wurde. Eine Geschichte musste aus sich selbst heraus plausibel sein. So achteten die Korrespondenten der ‹Mittwoch- und Samstag-Zeitung› darauf, kohärent zu argumentieren, Interessen von Herrschern und Staaten aufzudecken, Handlungsmotive zu rekonstruieren und Kausalzusammenhänge offenzulegen. Sie erzählten also Geschichten, in denen Menschen die weltlichen Geschehnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchten. Diese Erzählweisen korrespondierten eng mit den Prämissen wirtschaftlicher Kosten- und Nutzenabschätzung. Wie die Wirtschaft erschien auch die Politik als Feld gegenwarts- und situationsbezogener Praktiken, die sich nicht mehr im Rahmen eines zeitlich übergreifenden Normenbestandes, sondern durch die beabsichtigten Wirkungen legitimierten.

Neue Frömmigkeitspraktiken

Die Kirche blieb von den geschilderten Entwicklungen nicht unberührt. Der Umstand, dass die neuen Regierungs- und Verwaltungspraktiken auf ihre normgebende und -sanktionierende Bedeutung verzichten konnten, führte ebenso zu

Erschütterungen wie die Tatsache, dass die mediale Weltbeobachtung und ökonomisch-rationale Weltaneignung keiner transzendentalen Begründung mehr bedurften. Noch gefährlicher für die Institution Kirche aber war der Handlungstyp, der hinter beiden Entwicklungen stand, verkörpert etwa durch den gut ausgebildeten Beamten und den tüchtigen, weitsichtigen Kaufmann. Beide handelten idealerweise eigenverantwortlich und im Bewusstsein, dass sich die Welt mit menschlichen Mitteln gestalterisch erschliessen und verändern liess. Für diesen Handlungstyp war in der Orthodoxie im Grunde kein Platz vorgesehen. Andere religiöse Bewegungen konnten hingegen durchaus Anschlussmöglichkeiten anbieten. Das betraf beispielsweise die Täufergruppen, die in der Gegend um Basel nie vollständig verschwunden waren, aber auch die neu entstandenen pietistischen Reformbewegungen.

Das Bedürfnis nach religiöser Erneuerung oder, vorsichtiger ausgedrückt, nach Abkehr von bestimmten kirchlichen Regeln und Konventionen lässt sich in Einzelfällen zunächst auf der Landschaft feststellen. Die dadurch hervorgerufene Unruhe war indes auch in der Stadt von Anfang an gross. Aufsehen erregte 1705 der Fall des in Frenkendorf ansässigen Leinenwebers Andreas Bohni, der sich weigerte, den obligatorischen Militärdienst zu leisten sowie den Bürgereid abzulegen. Im Verhör bekundete er zudem Zweifel am religiösen Nutzen des Gottesdiensts und des Abendmahls und äusserte die Überzeugung, dass die Kindertaufe biblisch nicht zu rechtfertigen sei. Angesichts der Vielzahl religiöser Normen, die Bohni damit infrage stellte, sah sich der Rat veranlasst, ihn verhaften zu lassen und den Bann über ihn zu verhängen. Seiner Weigerung, die Rechtmässigkeit dieses Urteils anzuerkennen, folgten der Pranger und die Androhung körperlicher Züchtigung. Dieses entschlossene Vorgehen liess keinen Zweifel am obrigkeitlichen Willen aufkommen, die offizielle Position der Basler Kirche durchzusetzen. Nur der Pfarrer von Frenkendorf bezog eine vermittelnde Position, ja beklagte sogar, dass es nicht weitere wahre und eifrige «Pietisten» gebe, mangle es doch weithin an frommen Gläubigen.²⁸

Der Graben, der sich zwischen Pietismus und reformierter Orthodoxie aufat, beruhte weniger auf theologischen denn auf frömmigkeitspraktischen Gründen. Die Amtskirche sprach den Pietistinnen und Pietisten den Glauben nicht ab. Sie verurteilte aber die Art und Weise, wie sie die Nähe zu Gott und der biblischen Botschaft personalisierten, individualisierten und mit dem Erfahrungsbegriff koppelten. Auch das pietistische Selbstverständnis, wiedergeboren und durch ein Erweckungserlebnis erleuchtet zu sein, bedrohte die Institution. Ihr wurde dadurch die Rolle zugewiesen, mit ihren Regelungen und Formalismen Hort des Gros jener

Wachdiente Unseren Gn. Herren Einem L. Wohlweisen Rath der Stadt Basel / sehr mißfällig zu vernehmen kommen / was gestal-

bey etwelcher Zeit auff Dero Landschaft der Tag des H. Erren durch viele Weg mißbraucht / der öffentliche Göt-
tes-Dienst verachtet / die Predigten und Kinder- Lehren verfaumet / und anstatt des allen von einigen Dero Unter-
thanen / dem Oberleitlichen öfters widerholtem Verbott zu wider / heimliche Versammlungen theils in Particular-
Häusern / theils auch auff dem Feld gehalten / bey solchen sonderbare irrige Unserer Christlichen Glaubens-Be-
standnuß zuwiderlaufende Meynungen angenommen / und dardurch ihrer viel so wohl von der Kirchen Göt-
tes als dem Genuß des Heil. Abendmahls abgehalten / einfolglich zu irrig und ärgerlichem Wandel nicht minder zu
dem Mißtrauen gegen ihren Gemeinds-Genossen verleitet werden. So haben Hochgedachte Unsere Gn. Herren die-
sen eingerissenen Mißbräuchen und höchst-schädlichen Irthumen mit Nachdruck zu steuern / eine hohe Nothdurfft seyn
ermessen / und daher erkant / erkennen / und befehlen auch hiemit allen und jeden Ihren Unterthanen ernstlich und von
Oberleits wegen / daß Männiglich ohne unterscheid / die ohnaußbleibliche Lands-Verweisung und mehrere Straff
zu verbiten sich aller heimlicher Versammlungen gänzlich enthalten / keine fremde Lehrer oder sogenannte Schwär-
mer auch keine Stadt- und Lands-Verweisung aufnehmen / diesen Vorhubthum / sie beherbergen / ihren irrigen Lehren
Platz geben / oder von ihnen einige Bücher annehmen / sondern sich zu der Kirchen Göttes und ihren von hoher O-
brigkeit geordneten Seel-Vergeren halten / die Predigten und Kinder- Lehren fleißig besuchen / auch in Sachen des Heiligs
und da sie einigen Anstand hätten sich von gedachten Predigern des Göttlichen Wortes unterweisen lassen / zur Heiligen
Communion-Zeit sich Christlich vorbereiten / das H. Abendmahl mit anderen ihren Gemeinds- Genossen in zu Gott
gerichteter Andacht empfangen und darinn von der Gemeinde Göttes sich keineswegs absondern / auch sonst den Tag
des H. Erren mit Göt gefälligen der Kirchen-Ordnung und aufsaangen Christlichen Reformation gemässen guten
Werden zubringen / und hiemit alles ärgerlichen Leben und Wandels / mit ohn-erlaubtem Zechen / Trinken /
Epöhlen und anderen Werden der Finsternuß durchauß mißgigen sollen ; Hochgedacht Unsere Gn. Herren befehlen
auch allen ihren geordneten Schuttheissen / Obervdgen / Predigern und Unter-Beamteten / diß ihr Oberleitlich Man-
dat in geflüßene Obervank zu ziehen / auff die Ubertretere wohl zu vigilieren / diese ohne Ansehen der Person / Innen
als der hohen Obrigkeit zu verzeihen / und da sich einige fremde Lehrer / oder sogenannte Schwärmer in Dero Land-
schafft einschleichen thäten / diesen ohngekamt nachzuforschen / auff betretten / sie anzuhalten / und wie gedacht zu verzei-
gen / um sie mit exemplarischer Straff ansehen zu können ; Hieran geschicht Unseren Gn. Herren ernstlicher Will
und Meynung. Actum & Decretum in Senatu Mittwochs den 2. Septembris An. 1722.

Cansley Basel / fßt.

**109 Mandat des Basler Rates vom 2. Septem-
ber 1722.** — Das Mandat markiert den Höhe-
punkt der Auseinandersetzung mit dem frühen
Pietismus in Basel. Der Rat verbot christliche
Versammlungen in Privathäusern und auf dem
Feld, da er befürchtete, dass hier dem christ-
lichen Glaubensbekenntnis zuwiderlaufende

Meinungen verkündet wurden. Als Strafe bei
Zwiderhandlung wurde die Landesverweisung
angedroht. Zudem sollten fremde Lehrer,
Schwärmer und Ausgewiesene nicht beher-
bergt sowie ihre Bücher und Lehren nicht
angenommen werden. Auch dürfe man sich
von anderen nicht absondern.

Menschen zu sein, die sich mit der Befolgung sinnentleerer Regeln begnügten. Eine innere Anteilnahme war hier, so der implizite pietistische Vorwurf, nicht mehr vorgesehen und der Glaube als persönliches Erlebnis, das sich in der Praxis eines tätigen christlichen Miteinanders immer wieder neu bewährte, nahezu ausgeschlossen. Umso konsequenter reagierte die Amtskirche, wenn jemand den kirchlichen Gnadenmitteln, dem Gottesdienst und dem Abendmahl mit offenkundiger Geringschätzung und Verachtung begegnete.²⁹

Die vom Rat und von den Kirchenoberen ergriffenen Massnahmen ver-
hinderten nicht, dass pietistische Frömmigkeitspraktiken auch weiterhin in der
Stadt und auf der Landschaft existent blieben. Gläubige mieden das Abendmahl,

kritisierten das sonntägliche Exerzieren oder verweigerten die Teilnahme am Gottesdienst. Dass damit in der Nachfolge Christi Leiden und Verfolgung verbunden waren, bedeutete ihnen nur die Bestätigung, auf dem richtigen Weg zu sein. Auch private Versammlungen – die sogenannten Konventikel –, bei denen Laien die Bibel auslegten und gemeinsam beteten, blieben trotz obrigkeitlichem Verbot allgegenwärtige Phänomene. In den Verhörakten und Protokollen, die den frühen Pietismus in Basel dokumentieren, finden sich auffällig viele Frauen. Sie gerieten ins Blickfeld der Behörden, wenn sie gemeinsam mit ihren Ehemännern und Familienangehörigen pietistische Glaubensformen praktizierten. Nicht selten handelten sie aber auch eigenständig und gegen den Willen und die Interessen ihrer Familien. So verweigerte 1723 Anna Häfelfinger aus Rümelingen das Abendmahl mit dem Hinweis, dass überwiegend Sünder daran teilnahmen und sie in der Kirche nicht die liederlichen Freunde ihres Mannes Martin Egli treffen wolle. Sie sei bereit, für ihre Überzeugung auch die Verbannung in Kauf zu nehmen. Ähnlich konsequent zeigte sich eine Frau von Planta, die einige Zeit zuvor in ihrem Stadthaus den ehemals lutherischen und nun pietistisch orientierten Pfarrer Matthias Pauli beherbergt hatte. Als der Rat Pauli wegen separatistischer Umtriebe aus der Stadt verwies, protestierte sie heftig, wenngleich letztlich erfolglos dagegen. Auch in der Folgezeit gerieten wegen ähnlicher Fälle immer wieder Frauen ins Visier der Kirchenbehörden.³⁰

Vom religiösen Separatismus zum kirchlichen Pietismus

Trotz des selbstbewussten Auftretens pietistisch gesinnter Frauen und Männer blieben Konflikte in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts Einzelfälle. Dies änderte sich in den 1740er-Jahren.³¹ Die pietistischen Zirkel, die sich bewusst von der Kirche abgrenzten, wuchsen so stark an, dass ihre privaten Zusammenkünfte kaum mehr geheim gehalten werden konnten. Dort, wo dieser Kurs zur offenen Opposition wurde, reagierte der Rat nun sehr viel nachdrücklicher. Besonders herausgefordert sah er sich durch sogenannte stille Begräbnisse, bei denen Gläubige heimlich ausserhalb des Kirchhofs beigesetzt wurden. Um 1750 kam es deshalb zu mehreren Prozessen, in deren Folge Bannstrafen gegen Angehörige der Verstorbenen verhängt wurden. Als einer der Ausgewiesenen, der aus Lyon stammende Strumpfw Weber Jean Mainfait, heimlich zurückkehrte und dafür an den Pranger gestellt wurde, eskalierte die Situation. Gegen diesen Akt obrigkeitlicher Machtdemonstration opponierte eine Gruppe von zwölf Frauen und Männern, darunter der Basler Chirurg Hans Ulrich Miville (1723–1759) sowie der aus einer Gerber-



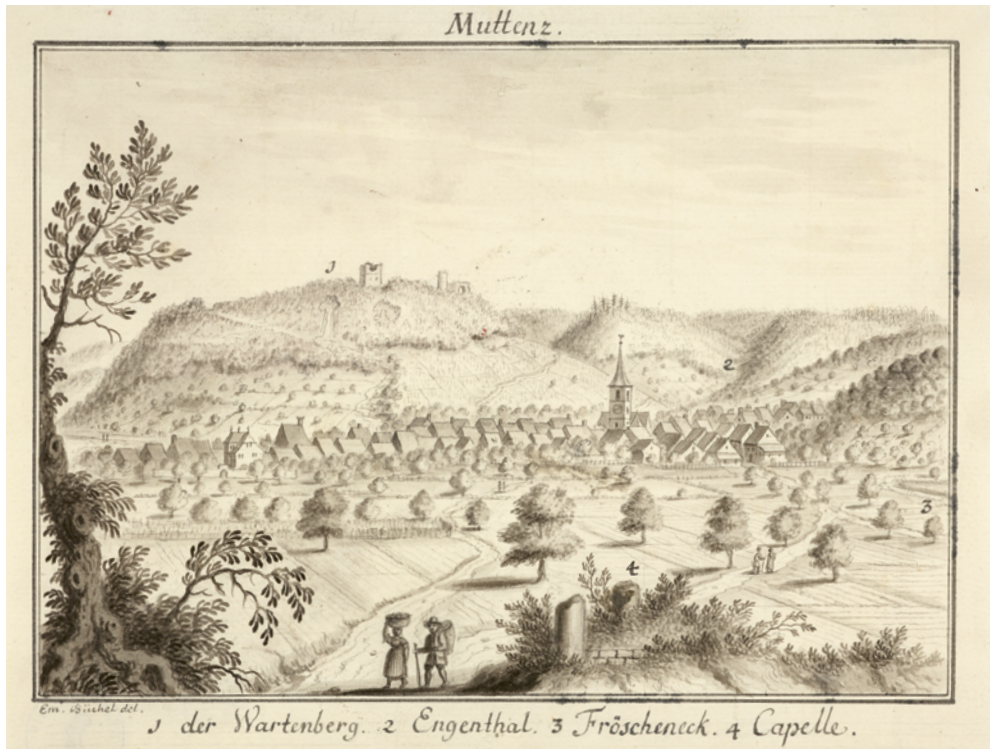
↑ 110 Marquard Wocher, **Porträt von Wilhelm Brenner, 1782.** | ➤ 111 Anonym, **Porträt von Susanna Ochs-Brenner, vor 1810.** — Die Geschwister Wilhelm Brenner (1723–1781) und Susanna Ochs-Brenner (1725–1810) stammten aus einer Basler Bürgerfamilie. Sie wurden im Rahmen des Separatistenprozesses 1753/54 als Pietisten angeklagt und hart bestraft:

Wilhelm wurde 1754 aus der Stadt gewiesen und, als er wenige Tage später wieder auftauchte, ein halbes Jahr in Isolationshaft genommen. Susanna kam ebenfalls in Haft. Als sich im Laufe der 1760er-Jahre eine Annäherung zwischen der offiziellen Kirche und den Pietistinnen und Pietisten einstellte, wurden beide Geschwister rehabilitiert.

familie stammende Hieronymus Faesch. Sie bekundeten öffentlich ihre Solidarität mit Mainfait; zudem entspann sich eine publizistische Auseinandersetzung. Auf ein vom Rat in Auftrag gegebenes Gutachten, in dem der Basler Theologieprofessor Jakob Christoph Beck (1711–1785) den «Ungrund des Separatismus» mit harschen Worten verurteilte, reagierten Miville und Faesch mit einer pietistischen Verteidigungsschrift, die sie in Basel verteilen liessen.³² 1753/54 kam es deshalb zu weiteren Verhören und Prozessen, in deren Folge hohe Strafen verhängt wurden. Neben dem Ehepaar Miville-Strasser, das als Rädelsführer betrachtet wurde, gehörten auch die aus einer Basler Bürgerfamilie stammenden Geschwister Brenner zu den Angeklagten [110 | 111].³³

Die sogenannten Separatistenprozesse Mitte der 1750er-Jahre leiteten eine Wende ein. Der Rat war an die Grenzen dessen gegangen, was an Repression möglich war, ohne die Einheit der Bürgerschaft zu gefährden. Dem Basler Pietismus wiederum drohte, wie nun deutlich wurde, eine Marginalisierung, wenn er sich weiter radikalisierte. Zur notwendigen Entspannung der Situation bedurfte es allerdings eines Impulses von aussen. Seit einiger Zeit hatte sich in der Stadt eine kleine Fraktion der aus Sachsen stammenden Herrnhuter Brüdergemeine etabliert. Ihr Gründer Nikolaus von Zinzendorf (1700–1760) reiste durch Europa, um seine Vorstellungen einer Religionserneuerung zu verbreiten. Auch die Herrnhuter vertraten ein pietistisches Christentum der tätigen, individuellen Verantwortung. Sie verfolgten allerdings einen gemässigten, kirchennahen Reformansatz und wurden deshalb von den Kirchenbehörden toleriert. So bot sich die Möglichkeit, den Basler Pietismus an eine europäische Bewegung anzubinden und dadurch lokale Spannungen aufzulösen. Aus dem Kreis der Separatistinnen und Separatisten wandte sich beispielsweise Susanna Brenner der Herrnhuter Sozietät zu und heiratete eines ihrer Mitglieder. Der Rat wiederum rehabilitierte nach einiger Zeit ihren Bruder Wilhelm. Auch Hans Ulrich Miville gelang es, wieder in die Basler Kirche aufgenommen zu werden, nachdem er von manchen radikalpietistischen Grundsätzen abgerückt war.

Befördert wurde diese Entwicklung wesentlich durch Hieronymus Annoni (1697–1770), der um die Jahrhundertmitte wachsenden Einfluss auf die religiöse Entwicklung Basels gewann. Annoni war als überzeugter Pietist 1739 in das Pfarramt in Waldenburg, 1746 dann in das Pfarramt von MuttENZ gelangt. Hier predigte er mit missionarischem Eifer und rhetorischem Geschick, sodass er bald eine grosse, auch aus der Stadt kommende Zuhörerschaft gewann. Nicht zuletzt viele Angehörige der Basler Ratsfamilien besuchten regelmässig seine Gottesdienste. Nebenbei nahm er an Hausversammlungen teil, dichtete eine Vielzahl von Kirchenliedern und pflegte damit die pietistische Praxis gemeinschaftlicher religiöser Erbauung. Annoni vertrat trotz seiner unerschütterlichen Glaubensüberzeugung eine tolerante und offene Konzeption des Pietismus und ebnete damit den Weg zu einer spezifisch baslerischen Kirchenerneuerung.³⁴ Es gelang ihm zum einen, die noch bestehenden Differenzen zwischen den radikaleren pietistischen Strömungen, die vor allem auf der Landschaft zu finden waren, und der in der Stadt aktiven Herrnhuter Gemeinde weiter abzubauen. Zum anderen betonte er, trotz aller Konflikte, die Gemeinsamkeiten mit der Amtskirche. Auf diese Weise schuf er einen Raum für Kompromisse.



112 Emanuel Büchel, MuttENZ mit dem Kirchturm von St. Arbogast, ca. 1748. — Durch Hieronymus Annoni, der hier zwischen 1746 und seinem Tod 1770 predigte, wurde die Wehrkirche St. Arbogast in MuttENZ zu einem Zentrum der Basler pietistischen Frömmigkeit.

Die kirchliche Erneuerung erfolgte dann durch eine von Annoni geprägte Generation von Theologen und Laien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Besonders einflussreich war Johann Rudolf Burckhardt (1738–1820), der sich schon als Theologiestudent für die Predigten Annonis begeistert und seit 1762 auf einer Vikariatsstelle mit ihm zusammengearbeitet hatte. 1766 übernahm Burckhardt die Pfarrstelle in St. Peter und begann sich in der Stadt für einen kirchennahen Pietismus einzusetzen. Sein Einfluss reichte weit ins Basler Bürgertum hinein, mit dem er auch familiär verbunden war; seine dritte Frau Margaretha stammte aus der Grossrats- und Fabrikantenfamilie Merian. Gemeinsam mit anderen Annoni-Schülern, die wichtige Stellen in der Stadt innehatten, legte er damit die Grundlagen für eine Entwicklung, die in der Gründung der einflussreichen

«Deutschen Christentumsgesellschaft» 1780 kulminierte. Diese wiederum wurde zum wichtigsten Pfeiler einer bürgerlich-pietistischen Erweckungsbewegung, die im Laufe des 19. Jahrhunderts im Begriff des «Frommen Basel» ihre volle Wirkung entfaltete.³⁵

Reformbewegungen und Aufklärung

Den Basler Pietismus auf seine religiöse Dimension zu reduzieren, greift zu kurz. Seine historische Bedeutung erlangte er auch und vor allem als institutionenkritische und zumindest anfänglich egalitäre soziale Bewegung. Dies entsprach einer Frömmigkeitsvorstellung, in deren Mittelpunkt die gemeinschaftliche Andacht und tätige Nächstenliebe standen. Tatsächlich waren es pietistische Konventikel, in denen in Basel erstmals neue Formen des schichtenübergreifenden sozialen Miteinanders erprobt wurden. Bereits 1756 gründete Annoni zudem eine «Gesellschaft guter Freunde», die sich dem Sozietätsgedanken verpflichtete mit dem Ziel, «Gottes Ehre und des Nebenmenschen Heil zu befördern und sich untereinander zu erbauen». Die Gesellschaft vereinte nicht nur Gläubige zum gemeinsamen Gebet, sondern fungierte auch als Wissens- und Kommunikationszusammenhang, um Missstände aller Art zu bekämpfen und sich für eine christliche Erneuerung der Welt einzusetzen.

Im Vergleich zum Pietismus formierten sich nicht-kirchliche oder nicht-religiöse Reformbewegungen in Basel mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Auch sie besaßen in der Regel einen konkreten Grund, nämlich die Einsicht in die Reformbedürftigkeit von Institutionen oder Verhältnissen, die als nicht mehr befriedigend erachtet wurden. Ihr gemeinsamer Nenner war somit der aus einem neuen Verständnis von Mensch und Gesellschaft resultierende Praxisbezug, der sich mit dem Reformgedanken verband. Der Wille, aktiv zu werden und Verbesserungen im Konkreten zu erreichen, diente als Orientierung. Eine Führungsfigur fanden sie in Isaak Iselin, Neffe des Zeitungsherausgebers Johann Rudolf Iselin und seit 1756 Basler Ratsschreiber.³⁶ Iselin stand in engem Kontakt mit den wichtigsten Vertretern der europäischen Aufklärung, beteiligte sich an deren Diskursen, gründete mit den «Ephemeriden der Menschheit» selbst eine der einflussreichsten Aufklärungszeitschriften und vertrat konsequent aufgeklärte Ideen.

Ganz im Sinne der Aufklärung war ein Schwerpunkt der sich um Iselin formierenden Basler Reformbewegung die Bildungspolitik. Neben Inhalten und Vermittlungsformen galt Iselins Interesse vor allem der institutionellen Neugestaltung des Bildungssektors. So regte er an, eine Ausbildungsstätte neuer Art ins

Leben zu rufen. Vorbild der Basler «Pflanzschule», wie Iselin sein Projekt nannte, waren die überall in Europa neu gegründeten Akademien.³⁷ Wesentliche Impulse entnahm er zudem den «Patriotischen Träumen eines Eydgenossen» des Luzerner Ratsherrn Franz Urs Balthasar. Basel sollte demnach Sitz einer eidgenössischen Akademie werden, in der neben den Naturwissenschaften auch Literatur, Philosophie und Pädagogik gelehrt würden. Ein derart breiter Bildungskanon, in dem Nutzenorientierung, Praxisbezogenheit und Erkenntnisgewinn untrennbar miteinander verbunden waren, entsprach dem aufgeklärten Wissenschaftskonzept.³⁸ Die Akademiepläne scheiterten allerdings, da es in der Stadt dafür kaum Unterstützung gab.³⁹

Auch mit anderen Projekten stiess Iselin auf Schwierigkeiten. Schon als junger Ratsschreiber regte er im Namen einer vernünftigen Bevölkerungspolitik eine Revision der restriktiven Einbürgerungsgesetzgebung an, traf damit jedoch beim Rat auf harten Widerstand. Die Gründung eines Lesekabinetts, das den «Liebhabern der Künste, Wissenschaften und aller gemeinnützigen Dinge» ein Forum bieten sollte, schien hingegen zunächst aussichtsreicher.⁴⁰ Wiederum unter Führung Iselins fand sich ein prominenter Kreis von Personen aus dem Stadtbürgertum zusammen, um nach dem Vorbild der aufgeklärten Sozietätsbewegung einen Ort des gleichberechtigten sozialen Miteinanders und der standesunabhängigen Geselligkeit zu schaffen. Bald führten Finanzierungsfragen dazu, dass auch dieses Vorhaben ein vorzeitiges Ende fand. Die pietistischen Versammlungen blieben vorerst die wichtigsten Foren einer geschlechts- und standesunabhängigen egalitären Kommunikation.

Erfolgreicher gestalteten sich Iselins überregionale Bemühungen. 1761/62 wurde unter anderem auf seine Initiative hin die «Helvetische Gesellschaft» gegründet, die in regelmässigen Abständen in Schinznach tagte. Für die Gründungsmitglieder, zu denen neben Iselin der Zürcher Stadtarzt Johann Kaspar Hirzel, der Luzerner Ratsherr Joseph Anton Felix Balthasar und der Berner Rechtsprofessor Daniel von Fellenberg gehörten, war das Ziel der Gesellschaft, die reformorientierten Kräfte der Eidgenossenschaft zu vereinen. Die Mitglieder verpflichteten sich wechselseitig, sich in jeder Beziehung für die Belange der Eidgenossenschaft zu engagieren und gemeinsam für Freiheit, Tugend und Vaterlandsliebe einzusetzen.⁴¹ Dezidiert galt dies unabhängig von Geburtsstand und Zunftzugehörigkeit. Das bedeutete allerdings nicht, dass die Gesellschaft tatsächlich allen offenstand. Nur wer über einen gewissen Wohlstand verfügte, konnte sich die Reise zu den Versammlungen leisten. Die Basler Mitglieder – ein Kreis von fast hundertachtzig Personen – stammten nahezu vollständig aus den führenden städtischen Rats-

und Kaufmannsfamilien. Es handelte sich ausschliesslich um Männer, da Frauen die Mitgliedschaft verwehrt blieb. Männerfreundschaften waren dann letztlich auch die Beziehungsform, die das Leben der Gesellschaft prägten.

Erst 1777 kam es wieder zu einem – diesmal erfolgreichen – Versuch, auch in Basel eine Aufklärungsgesellschaft zu gründen. Die Situation hatte sich durch die Krisenjahre 1770/71 wesentlich verändert. Engagement für die Wohlfahrt des Gemeinwesens wurde von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern als notwendig erachtet. Der offenkundige Reichtum der Kaufmannsfamilien in Kombination mit den pietistischen Forderungen nach einem tätigen Christentum motivierten dazu, die ärmeren Schichten in den Vordergrund zu stellen. Die ‹Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigens›, so der Name, stellte sich somit ganz in den Dienst der sozialen Frage. Im Sinne Iselins war ein Schwerpunkt der sozialen Arbeit das Bildungswesen. So wurden auf Initiative der Gesellschaft 1784 eine ‹Papiererschule› für die Kinder, die in den Papierfabriken arbeiteten, sowie 1796 eine Art frühe Gewerbeschule gegründet. Darüber hinaus widmeten sich die Mitglieder der medizinischen Vorsorge sowie der Armutsbekämpfung. 1778 richtete die Gesellschaft ein ‹Krankenmobiliemagazin› ein, das die medizinische Behandlung von Bedürftigen sicherstellte. Über all diese Aktivitäten wurde in Jahres- und Kommissionsberichten öffentlich Rechenschaft abgelegt – ein im Vergleich zum üblichen politischen Prozedere völlig neues Vorgehen.⁴² Von der Spitze der Gesellschaft, an der ein jährlich neu zu wählender Präsident stand, über den Vorstand, der die Geschäfte leitete, bis hin zu den Kommissionen, die besondere Aufgaben übernahmen, waren alle zu vollkommener Transparenz verpflichtet.

Die ‹Gesellschaft für das Gute und Gemeinnütziges› (GGG), wie sie später heissen sollte, zeichnete eine grosse personelle Schnittmenge mit der Basler pietistischen Bewegung aus. So gehörte Johann Rudolf Burckhardt, Pfarrer und Mitbegründer der ‹Deutschen Christentumsgesellschaft›, auch zu den Gründungsmitgliedern der GGG. Die Vermutung liegt nahe, dass die vermeintliche Schwäche der Basler Aufklärung mit der Stärke der pietistischen Reformbewegung zu tun hat. Kulturelles und soziales Engagement liess sich im Rahmen der pietistischen Bewegung ebenso gut umsetzen wie in Aufklärungssozietäten. Auch die nach Iselins Tod im Jahr 1787 gegründete ‹Allgemeine Lese-gesellschaft› beschränkte sich noch auf einen kleinen, elitären Kreis von Mitgliedern. Die ‹Deutsche Christentumsgesellschaft› versammelte hingegen zum Teil ausgesprochen heterogene Bevölkerungsgruppen, die neben der Verbreitung des christlichen Glaubens ebenfalls reformerisch-gemeinnützige Ziele verfolgten.

113 Anonym, Porträt von Daniel Bernoulli, um 1720/1725. — Daniel Bernoulli stammte aus einer berühmten Familie von Wissenschaftlern. Sein Vater Johann I (1667–1748), sein Onkel Jakob I (1654–1705) und sein Bruder Nikolaus II (1695–1726) waren bekannte Mathematiker. Daniel studierte zunächst Medizin in Basel, Heidelberg und Strassburg. 1733 übernahm er die Professur für Anatomie und Botanik an der Basler Universität, 1743 den Lehrstuhl für Anatomie und Physiologie und 1750 schliesslich die Professur für Physik.



Experimente, Sammlungen, Erfindungen

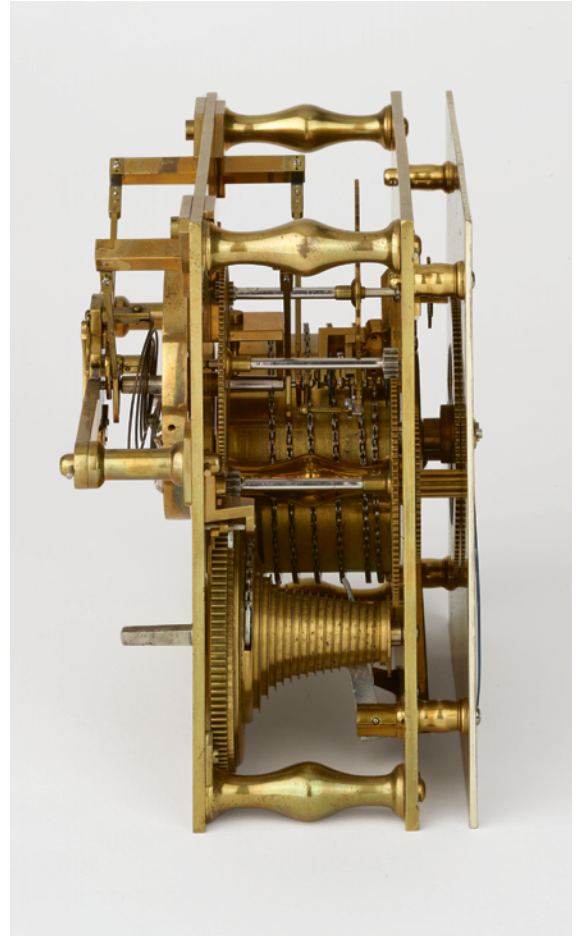
Basels Universität war im 18. Jahrhundert vor allem eine Ausbildungsstätte für die heimischen Beamten und damit ein wichtiger Ort der Modernisierung von Regierung und Verwaltung. Ihre überregionale Bedeutung ging dadurch aber weitgehend verloren. Die meisten Basler Professoren besaßen in der europäischen Gelehrtenwelt kaum Bedeutung und zeigten wenig Interesse, sich an deren Diskussionen zu beteiligen. Die wenigen Ausnahmen unter ihnen verdankten sich aufgrund der Losordnung buchstäblich dem Zufall. Umso bedeutender aber waren sie für die Stadt und die Veränderungen, die sich im 18. Jahrhundert abzeichneten. Daniel Bernoulli (1700–1782), der seit 1733 eine Professur für Anatomie versah und ab 1750 den Lehrstuhl für Physik innehatte, war eine solche Ausnahme. Er stammte aus einer niederländischen Gelehrtenfamilie, die zu Beginn des 18. Jahrhunderts nach Basel emigriert war. Sein Hauptinteresse lag auf mathematischen



114 Johann Dietrich, «Diederichscher Magnet», 1755. — Daniel Bernoulli liess 1755 im Rahmen seiner Studien zum Magnetismus beim Basler Goldschmied Johann Dietrich (1715–1758) einen hufeisenförmigen Magneten anfertigen. Anhand des Objekts stellte er Beziehungen zwischen der Tragkraft eines Magneten, seiner Oberfläche und seinem Gewicht her.

und physikalischen Fragen. Zusammen mit dem ebenfalls aus Basel stammenden Leonhard Euler (1707–1783) entwickelte er eine Reihe wichtiger Gleichungen zur Strömungsmechanik. Noch bedeutsamer aber waren seine Beiträge zur Wahrscheinlichkeitstheorie, die nicht nur innerwissenschaftlich viel Beachtung fanden, sondern auch der zeitgenössischen Reformbewegung neue Horizonte eröffneten. Die Wahrscheinlichkeitstheorie basierte auf einer mathematischen Betrachtung des Zufalls, die es ermöglichte, Aussagen über zukünftige Ereignisse zu tätigen. Die Zukunft war also nicht mehr der göttlichen Vorsehung vorbehalten, sondern liess sich dem menschlichen Denken und Handeln verfügbar machen. Sie wurde zum Horizont von Risikoabwägungen und abhängig von Entscheidungsprozessen.

Gestaltbarkeit und Machbarkeit der Welt, die sich im Lichte der Wahrscheinlichkeitstheorie offenbarten, boten nicht zuletzt der Wissenschaft selbst vielfältige Möglichkeiten. Bernoulli entwickelte zahlreiche Projekte, in denen er einen praktischen Nutzen mit einem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn verband. So führte er im Auftrag des Rates 1755 zusammen mit dem Baumeister, Geometer und Ingenieur Johann Jacob Fechter Landvermessungen im Gebiet der Wannenflied durch. Hintergrund war ein Streit zwischen Basel und Solothurn über den dortigen Grenzverlauf, für den die zwei Wissenschaftler einen Lösungsvorschlag entwickeln wollten.⁴³ Bernoulli nutzte die Gelegenheit, um gleichzeitig



115 Chronometer, hergestellt von Thomas Mudge nach einem Entwurf von Johann Jakob Huber, 1755. — Huber und Mudge konstruierten erstmals eine Uhr mit konstantem Antrieb auf der Grundlage einer sogenannten freien Hemmung, die weniger Reibung aufwies und dadurch zuverlässiger als ältere Modelle funktionierte.

auch Höhenmessungen vorzunehmen und mithilfe einer auf Luftdruck basierenden Messmethode die zeitgenössischen Kenntnisse der Basler Topografie zu erweitern. Durch Aufzeichnungen, die in Briefen und Zeitschriften zirkulierten, wurden die Ergebnisse dann einem weiteren Kreis von Gelehrten zur Kenntnis gebracht. Aus der daraus folgenden kritischen Diskussion liessen sich wiederum neue Fragestellungen und Erkenntnisinteressen generieren.

Bernoulli war damit Teil einer Bewegung, welche die Wissenschaft aus dem Elfenbeinturm der Theorie befreite und als experimentelle Praxis definierte. Eine grosse Bedeutung besaßen hierbei Dinge, seien es Naturobjekte, technische Instrumente oder Medien. Für seine Vorlesungen zur Experimentalphysik liess er beispielsweise vom Basler Goldschmied Johann Dietrich, der sich auf physikalische Instrumente spezialisiert hatte, einen Magneten in Hufeisenform herstellen [114].⁴⁴

Die experimentelle Wissenschaft Daniel Bernoullis gründete also auf einem Fundament des Materiellen, das unter den Zeitgenossen grosse Aufmerksamkeit fand. So entstanden in Basel im Laufe des 18. Jahrhunderts zahlreiche wissenschaftliche Sammlungen von Mineralien und Versteinerungen, Tieren und Pflanzen, aber auch von Gerätschaften, Instrumenten und Modellen. Ihr Zweck war es einerseits, ein interessiertes Publikum zu belehren und zu unterhalten. Andererseits ging es darum – und das unterschied die Sammlungen des 18. von den Naturalienkabinetten des 16. und 17. Jahrhunderts –, das experimentelle Naturstudium zu befördern. Explizit stellten sich die Sammler in den Dienst der wissenschaftlichen Erkenntniserweiterung und suchten neue Zusammenhänge, Strukturen und Funktionen aufzudecken. Zu ihnen gehörten der Arzt und Physikprofessor Benedikt Stähelin (1695–1750), aber auch Hieronymus Annoni, der nicht nur ein grosses Interesse an der Naturforschung seiner Zeit hatte, sondern auch eine über siebenhundert Exponate umfassende Sammlung von Mineralien und Fossilien hinterliess.⁴⁵

Technische Innovationen wurden ein Hauptanliegen der Wissenschaft

Dinge spielten aber nicht nur als Sammelgegenstände und wissenschaftliche Instrumente eine wichtige Rolle. Ein Hauptanliegen der Wissenschaft des 18. Jahrhunderts waren technische Innovationen, die wiederum einen konkreten Praxisbezug hatten. Auch in dieser Hinsicht besass Basel Bedeutung. Johann Jakob Huber (1733–1798), Basler Kaufmannssohn und Schüler Bernoullis, verband sein Interesse für die Mathematik schon früh mit astronomischen Studien. Auf einer wissenschaftlichen Englandreise, die er nach seinem Studienabschluss im Jahr 1754 unternahm, kombinierte er seine astronomischen Kenntnisse wiederum mit Überlegungen zur Mechanik von Uhren. Konkret beschäftigte er sich mit dem bis zu diesem Zeitpunkt nicht befriedigend gelösten Problem einer konstanten Hemmung. Er kam in kurzer Zeit zu einem Lösungsansatz, den er dem Oxforder Astronomieprofessor James Bradley vorlegte. Dieser wiederum beauftragte den Londoner Uhrmacher Thomas Mudge, nach Hubers Überlegungen ein Uhrenmodell anzufertigen. So entstand die erste Uhr mit einer Hemmung mit konstanter Kraft. Huber bekleidete danach eine Professur in Potsdam sowie das Direktorenamt der Berliner Sternwarte. Als er nach wenigen Jahren in seine Heimatstadt zurückkehrte, brachte er die Uhr mit [115].⁴⁶

Basler Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft: Das Geschichtspanorama um 1800

Das Feyerabend'sche Baselpanorama von 1787 war nicht nur ein Spiegelbild kaufmännischen und städtischen Selbstbewusstseins. Es veranschaulichte in der neuen Form des Sehens, der es Ausdruck verlieh, auch eine neue Erfahrung und Wahrnehmung von Geschichte. In diesem Sinne lassen sich die zwei genannten Merkmale des Panoramas – Allansicht und Zentriertheit – nochmals anders interpretieren. Die Allansicht war nichts anderes als ein Kontinuum ohne Anfang und Ende. Und die privilegierte Position des Betrachters oder der Betrachterin im Zentrum beinhaltete, dass er oder sie ein Teil des Bildes war, ja geradezu in den Bildraum hineingezogen wurde. Die Sicherheit, bei der Betrachtung der Welt den Rücken frei zu haben, fiel damit weg.⁴⁷ Stattdessen galt es, sich in einem Wechselspiel veränderlicher Standpunkte und Ansichten immer wieder neu zu orientieren und selbst zu vergewissern.

Die hier anklingende Verunsicherung ist ein Zeichen der Umbruchperiode, die um 1800 ganz Europa erfasste. In Basel lässt sie sich in ihrer Entstehung und ihren einzelnen Phasen gut beobachten. Das subjektive Bewusstsein, in einer Zeit des Wandels zu leben, wurde vor allem in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stetig grösser. Isaak Iselin hatte einen entsprechend kritischen Blick auf seine Zeit und die vorangegangenen, seit der Reformation verstrichenen zweieinhalb Jahrhunderte.⁴⁸ Vieles schien ihm veraltet, manches unwiderruflich überholt, das meiste zumindest reformbedürftig. Zu lange hatten all die Traditionen und Gebräuche den Blick auf das verstellt, was die Vernunft gebot. Vor allem im Bildungsbereich, aber auch im Handwerk und in der Landwirtschaft schienen die Strukturen verkrustet. Die Kirche bestimmte immer noch das städtische Leben, und ein enges Korsett von Vorurteilen, Vorschriften und Traditionen hinderte viele fortschrittliche Kräfte daran, sich zu entfalten. Dort, wo sich trotz aller Hindernisse dynamische Entwicklungen ergaben, vor allem im Bereich von Handel und Produktion, gab es aus Iselins Sicht ebenfalls nicht uneingeschränkt Anlass zur Hoffnung. In der Welt der Basler Kaufmannsfamilien, die ihre Seidenbänder und Indienne-Stoffe exportierten, regierte das Geld. Wenig Interesse hingegen gab es für die bildungspolitischen Herausforderungen und menscheitsgeschichtlichen Entwicklungen, die aus Sicht des Aufklärers die Zukunft bestimmten.

Unabhängig von seinem kritischen Blick auf Basel verfasste Iselin, sich damit an prominenter Stelle in den europäischen Aufklärungsdiskurs einschreibend,



116 Porträt von Isak Iselin, 1784. Ölgemälde von Anton Hickel, eigenhändige Kopie der Fassung von 1781. — Isak Iselin bemühte sich nicht nur um politische und pädagogische Reformen in der Stadt, sondern beteiligte sich auch an prominenter Stelle an den Diskussionen der europäischen Aufklärung.

eine Universalgeschichte, die 1764 erstmals erschien und zahlreiche Auflagen erlebte.⁴⁹ Iselins Erzählung kreiste um den «Fortgang der Menschheit von der äussersten Einfalt zu einem immer höhern Grad von Licht und von Wohlstande».⁵⁰ Dieser «Fortgang» war, da «jede gute Handlung [...] ähnliche Thaten» hervorbringe, ein Auftrag an die Menschen, sich stets für die Verbesserung der Zustände einzusetzen.⁵¹ Er bestimmte die «Geschichte der Menschheit» jedoch auch unabhängig von konkreten Umständen und Handlungen, wie Iselin anhand vieler Beispiele verdeutlichte. Die «herrschende Idee» seiner Betrachtung war ein sich selbst generierender Fortschritt. Dies bedeutete nichts anderes, als dass Fortschritt und Geschichte tautologisch wurden, also der Fortgang der Geschichte sich aus dem Fortgang erklärte: «Jede nützliche und angenehme Erfindung bähnet einer andern den Weg. Jede Kunst beut der andern die Hand.»⁵² Iselin war aber nicht nur der Überzeugung, dass der historische Wandel, den er beobachtete, einem Fortschrittsprinzip folgte. Er gab sich auch davon überzeugt, dass dieses Prinzip sich demjenigen, der mit Verstand die Fakten zusammentrug, als «Wahrheit» präsentierte. Die «Geschichte der Menschheit» zerstreute also nicht nur möglicherweise

vorhandene Zweifel an der Zielgerichtetheit des Geschehens, sondern auch jene am menschlichen Vermögen, die Wahrheit zu erkennen.

Kaufleute wie Lukas Sarasin, der Initiator des Basler Zirkularpanoramas, oder sein Bruder Jakob kannten als Mitglieder der ‹Helvetischen Gesellschaft› und der ‹Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige› den Fortschrittsdiskurs der Aufklärung. Auch sie zweifelten nicht daran, dass sich die Zeiten änderten. Ihr Bezugshorizont war indes ein anderer, dominierten im Bereich der Wirtschaft doch Konkurrenzverhältnisse, Einzelinteressen und individuelle Gewinnabsichten. Diese liessen sich schwerlich miteinander harmonisieren und kaum mit dem universalen, auf der Gleichgerichtetheit guter Absichten beruhenden Fortschrittsgedanken verbinden. Das Alternativkonzept des durch eine ‹unsichtbare Hand› gelenkten und sich damit letztlich selbst regulierenden Marktes, das Adam Smith 1776 in seinem Buch ‹On the Wealth of Nations› entwickelte, schloss hier eine Lücke.⁵³ Es wurde auch in Basel gelesen und rezipiert, allerdings meist unter falschen Prämissen. So sprach Iselin in seiner in den ‹Ephemeriden› erschienenen Rezension davon, dass die Ideen Smiths fast identisch seien mit den physiokratischen Vorstellungen vom Primat der Landwirtschaft.⁵⁴ Für die konzeptionelle Sprengkraft des Werks, die in den Überlegungen zum Markt steckte, hatte er keinen Sinn. Aus Sicht der führenden Schicht des Basler Bürgertums erschien die Zukunft damit im Prinzip unsicher. Sie war das Resultat von Aushandlungsprozessen und Interaktionen, Kalkülen, Wahrscheinlichkeiten und Risikoabwägungen. Der Geschäftigkeit, die hier als Grundform historischer Veränderung anklingt, entsprach die Erfahrungswirklichkeit, die ihren Grund sowohl im Grossen des europäischen und globalen Handels, in den Basel involviert war, als auch im Kleinen des Basler Alltags besass. Aus Basler Sicht lag es insofern nahe, die Stadt selbst und ihre Geschichte in den Blick zu rücken, um etwas über den Fortgang der Dinge und die Zukunft zu erfahren.

Vor diesem Hintergrund lässt sich das grossangelegte Unternehmen von Peter Ochs (1752–1821) verstehen, eine ‹Geschichte der Stadt und Landschaft Basel› zu schreiben. Ochs war Iselins Nachfolger als Ratsschreiber und fühlte sich wie dieser den Idealen der Aufklärung verpflichtet.⁵⁵ Da er zwar väterlicherseits aus einer Basler Kaufmannsfamilie stammte, aber in Frankreich, dem Land seiner Mutter, und in Hamburg aufgewachsen war, lagen die biografischen Voraussetzungen etwas anders. Ochs musste sich in Basel nach seinem erfolgreichen Studium der Rechte erst etablieren.⁵⁶ Er tat dies, indem er, wie er erklärte, an Iselins Werk anschloss, nicht jedoch die Geschichte der Menschheit in den Blick nahm, sondern die ‹des kleinsten Theils derselben›.⁵⁷ Der erste Band erschien im Jahr 1786.



117 Johann August Nahl d. J., Porträt von Peter Ochs, 1791. — Nahl zeigt Peter Ochs als Korrespondenten und Historiker am Schreibtisch in Paris, links im Bild die ersten drei Bände seiner Basler Geschichte, rechts eine Büste von Benjamin Franklin. Ochs wurde vor allem als Staatsmann und Diplomat bekannt. Erst im Alter von siebzehn kam er nach Basel, der Geburtsstadt seines Vaters. Er besuchte die Universität und heiratete die Bürgertochter Salome Vischer. 1780 war er erstmals als Gesandter an der Tagsatzung. Es folgten zahlreiche diplomatische Missionen für Basel und ein steiler Aufstieg in die höchsten Ämter der Stadt. Während der Französischen Revolution, die Ochs begrüßte und deren Ideale er teilte, vertrat er die Eidgenossenschaft auch nach aussen. Im Inneren setzte er sich für Reformen ein und beteiligte sich federführend an der Ausarbeitung der Verfassung und Gründung der Helvetischen Republik. Mit deren Scheitern verlor er alle seine Ämter.

Ihm folgten bis 1822 sieben weitere Bände, deren Untersuchungszeitraum bis zur Gegenwart reichte.

Ochs konnte bei seinem Unternehmen an viele Vorarbeiten anknüpfen. Die wichtigste davon stammte von Christian Wurstisen (1544–1588), einem Pfarrer, Gelehrten und Stadtschreiber, der in der Tradition der humanistischen Geschichtsschreibung im 16. Jahrhundert eine *Basler Chronick* verfasst hatte.⁵⁸ Wurstisens Werk deckte einen Zeitraum von den Anfängen bis zu seiner eigenen Gegenwart ab. Im Laufe des 18. Jahrhunderts gab der Basler Ratssubstitut Daniel Bruckner (1707–1781) die Wurstisen-Chronik nicht nur neu heraus, sondern schrieb sie bis ins Jahr 1620 fort. Zudem verfasste er eine Geschichte der Basler Landschaft.⁵⁹ Bruckner war der erste Basler Historiker, der aufgrund seiner Position in der Basler Verwaltung Zugang zu Archivmaterialien hatte und diesen ausgiebig nutzte. Seine Manuskripte wurden für Ochs deshalb zu wichtigen Ressourcen. Hinzu kam die

umfangreiche Bibliothek von Johann Rudolf Iselin, die Ochs nach dessen Tod erwerben konnte.⁶⁰

So wichtig die vorhandenen Geschichtsdarstellungen für Ochs auch waren, so sehr lag ihm daran, einen neuen historiografischen Weg einzuschlagen. Die Archivalien waren für Ochs noch wichtiger als für Bruckner. Die Hauptarbeit des Historikers bestand demnach darin, Archivmaterialien zu sichten und das historische Geschehen durch die Quellen anschaulich zu machen. Damit entfernte sich Ochs weit von Iselins spekulativer Geschichtsbetrachtung. Das konkrete historische Geschehen trat ins Zentrum. Aus Ochs' Sicht spielten dabei verfassungsrechtliche Wendepunkte und Kriegszüge die Hauptrolle. Entsprechend konzentrierte er sich auf politische und militärische Ereignisse und ihre Folgen. Die Frühe Neuzeit, die er in den Bänden sieben und acht behandelte, war durch die Reformation, den Westfälischen Frieden, das 1691er-Wesen und die Französische Revolution mit ihren verfassungsrechtlichen Auswirkungen auf Basel geprägt. Die Epoche insgesamt kennzeichnete aber ein Auf und Ab. Während das 16. Jahrhundert die endgültige Befreiung von der Bischofs- und die Durchsetzung der Rats Herrschaft brachte – eine Entwicklung, die Ochs klar befürwortete –, stand das 17. Jahrhundert unter dem Vorzeichen der «Ämter sucht». Das 18. Jahrhundert erstrahlte als «Zeitalter des Wohlstands» wiederum in besonders hellem Licht.

Davon abgesehen enthielt sich Ochs jedoch konsequent jeder Wertung und verzichtete in der Regel auch auf eine erzählerische Darstellung oder systematische Zusammenfassung der Quellenbefunde. Ebenso unterliess er es, auf über Basel hinausgehende Zusammenhänge oder Kontexte einzugehen, die eine Einordnung bestimmter Vorgänge ermöglicht hätten. Auch handelnde Personen mit Zielen und Absichten finden sich nur wenige.⁶¹ So stellten die acht Bände im Wesentlichen eine – beschreibend und zitierend entfaltete – Phänomenologie der Geschichte Basels dar. Die einzelnen Quellen wurden zu chronologisch gegliederten Gruppen zusammengefügt und unkommentiert nebeneinandergestellt. Dieser «Montage» von Schriftstücken entsprach ein bestimmter Gestus der Präsentation. Ochs beabsichtigte nicht, einen tieferen Sinn aufzudecken oder verborgene Antriebe und Motive zu identifizieren. Es ging ihm darum, die Geschichte anschaulich zu machen, sie zu «zeigen».

Geschichte, wie Ochs sie verstand, war Lokalgeschichte in einem spezifischen Sinne. Sie war räumlich so zentriert, dass es möglich wurde, alles zu erfassen und dem Lesepublikum vor Augen zu führen. Mithin war sie als Geschichte konzipiert, die keinen Aspekt vernachlässigte und noch das vermeintlich Geringste berücksichtigte. Gleichzeitig gab sie eine Antwort auf die Frage, wie in einer sich

verändernden Welt und angesichts des Verlusts absoluter Wahrheiten Sicherheit wiederzugewinnen sei. Auch das leistete das Lokale, die Konzentration auf die Stadt. Ochs war überzeugt, dass – auch wenn Geschichte nicht aus sich heraus Fortschritt generierte oder Sinn machte – es doch möglich war, im Kleinen vernünftig zu handeln und von Fall zu Fall Fehler zu vermeiden und Fortschritte zu erzielen. Um eine Basler Identität im engeren Sinne ging es ihm nicht. Der Versuch, sich als Zugezogener mit seinem Werk in Basel zu etablieren und Anerkennung zu bekommen, scheiterte weitestgehend. Für die nachfolgenden Generationen und insbesondere die führenden Familien der Stadt legte er mit der Stadtgeschichte indes die Grundlage dafür, eine neue Art der Identitätspolitik zu betreiben und ihr Selbstbewusstsein zwischen Konservatismus und ökonomischer Progressivität aus der Geschichte Basels zu ziehen.

Anmerkungen

- 1 Möhle 2011.
- 2 Vettori 1984, S. 90–176.
- 3 Röthlin 1986, S. 140–145.
- 4 StABS, Prot N 1, 8, S. 453–456, Memorial des Direktoriums 1724.
- 5 StABS, Bf 1 A 9-33, Mandat vom 19.02.1738.
- 6 Röthlin 1986, S. 75.
- 7 Röthlin 1993a. Simon 1981, S. 35–38.
- 8 StABS, Rep. H. 1. Johann Jakob Huber: Statutarium Basiliense, Manuskript 1792–1797, S. 56.
- 9 StABS, Rep. H. 1. Johann Jakob Huber: Statutarium Basiliense, Manuskript 1792–1797, S. 723.
- 10 Bernoulli 1780.
- 11 Iselin 1780, S. 631.
- 12 Vgl. den Bestand «Staatskalender (Regimentsbüchlein, Behörden und Beamte) 1699 bis 2011» (StABS STA H 52).
- 13 Vgl. dazu u. a. StABS, Bf 1 A 7–21, Instruction für die unter den Thoren hiesiger Stadt bestellte Examinatores, Mandat vom 23.11.1709. StABS, Bf 1 A 14–42, Ordnung und Eyd wie auch Kompetenz eines Spitalmeisters, Mandat vom 09.10.1780.
- 14 Vgl. den Bestand «Verzeichnis von Grenzkarten, Abschriften von Grenzbeschreibungen und Grenzverträgen (1 Band), Grenze gegen Riehen 18. Jahrhundert» (StABS, Grenzen A 2.).
- 15 Vgl. den Bestand «Tabellen der Geburts- und der Sterbefälle 1757–1866» (StABS, Kirchenarchiv H 3).
- 16 Gschwind 1977.
- 17 StABS, Protokolle, Kleiner Rat, 143, S. 405 f.
- 18 Vgl. den Bestand «Tabelle Ao 1779: Quartier, Häuser, Haushaltungen, Bediente und Hausgenossen, unterteilt in Bürger und Nichtbürger 1779. Verzeichnis der Bewohner des Waisenhauses (Bedienstete, Waisenkinder, Gefangene) 1775–1782» (StABS, PA 633c A 3.1.4, fasc. 14).
- 19 Zur Moralpolitik auf der Landschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert vgl. Simon 1981.
- 20 StABS, Bf 1 A 11–74, S. 3, Mandat vom 27.5.1765.
- 21 Burghartz 2016a, S. 105. Grundsätzlich dazu: Burghartz 2000b.
- 22 StABS, Bf 1 A 11–74, S. 3, Mandat vom 27.5.1765.
- 23 StABS, Bf 1 A 11–74, S. 10, Mandat vom 27.5.1765.
- 24 Foucault 2006.
- 25 Mangold 1900.
- 26 Röthlin 2003.
- 27 Pfister 1907.
- 28 Hadorn 1901, S. 219–228. Thurneysen 1895.
- 29 Vgl. zum Hintergrund Hoffmann 1996.
- 30 Hebeisen 2002.
- 31 Vgl. dazu Weidkuhn 1966. Grob 1907. Hebeisen 2004.
- 32 Beck 1753. Faesch; Miville 1753.
- 33 Greyerz; Heer 2009.
- 34 Gantner-Schlee 2005.
- 35 Hebeisen 2005. Kuhn; Sallmann 2002.
- 36 Gelzer 2014.
- 37 Gelzer 2013.
- 38 (Balthasar) 1758. Titel und Vorwort stammen von Isaak Iselin.
- 39 Im Hof 1967.
- 40 Speich 1975, S. 241. Kriemler 2005.
- 41 Im Hof 1983.
- 42 Miaskowski 1877.
- 43 Rickenbacher 2001.
- 44 Häner 2017, S. 128.
- 45 Häner 2017, S. 65–78. Leu 1997.
- 46 Graf 1892.
- 47 Albrecht Koschorke spricht in diesem Zusammenhang von der «Rückensicherheit», die im Medium des Panoramas entfallte. Vgl. Koschorke 1996, S. 160.
- 48 Im Hof 1971.
- 49 Iselin [1779]. Vgl. dazu neben dem Kommentar von Sundar Henny: Stern 1930. Fiechter 2011.
- 50 Iselin [1779], I, XXIII.
- 51 Iselin [1779], S. 467.
- 52 Iselin [1779], II, S. 47.
- 53 Hölscher 1999, S. 52 f.
- 54 Iselin 1777. Zur Smith-Rezeption in den «Ephemeriden» vgl. Klingenberg 1982, S. 79 f. Zu Iselins wirtschaftspolitischen und -theoretischen Positionen vgl. Weber 2014.
- 55 Steiner 1921.
- 56 Zu diesem biografischen Hintergrund vgl. Tomaszewski 2017b.
- 57 Ochs, Bd. 1, 1786, Einleitung, S. II.
- 58 Wurstisen 1580.
- 59 Daniel Bruckner durchlief eine exemplarische Beamtenlaufbahn. Nach seinem Jurastudium begann er als Weinschreiber. Es folgte eine Stelle als Ingrossist, Registrator und schliesslich Ratssubstitut. In seiner Registratorenzeit brachte er die Archivalien der Stadt in eine neue Ordnung. Staehelin 1952, S. 65 f.
- 60 Staehelin 1952.
- 61 Staehelin 1952, S. 134–146.

